

Aktenzeichen:
OH. 1006/54(W)

Eingegangen		
28. JUNI 1954		
Landesamt für Wiedergutmachung BREMEN		
	F. 28/1	F. 28/1

Verkündet
am 23. Juni 1954.
Ahrends,
als Urkundsbesitzerin
der Geschäftsstelle.

BESCHLUSS.

In der Rückerstattungssache

- 1) des Kaufmanns Kurt B. H e s s e ,
01331 Dexter Ave., Detroit 6, Mich., (USA),
- 2) dessen Ehefrau Bertha H e s s e geb. Goldschmidt,
01331 Dexter Ave., Detroit 6, Mich., (USA),

Antragsteller,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Löhnis
(Legal Aid Department)
in Frankfurt/M., Friedrichstr. 29,

gegen

das D e u t s c h e R e i c h ,
vertreten durch den Bundesminister der Finanzen in Bonn,
dieser vertreten durch die Oberfinanzdirektion Bremen,
Abteilung Bundesvermögen, in Bremen,

Antragsgegner,

hat die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Bremen
auf die mündliche Verhandlung vom 9. Juni 1954
durch die Richter Dr. M ü l l e r , F r i e d m a n n
und M e y für Recht erkannt:

- 1) Es wird festgestellt, dass die Antragsteller
ihr Auswanderungsgut durch eine vom Antragsgegner
begangene schwere Entziehung im Sinne der
Artikel 2 und Artikel 30 RGG eingebüsst haben.
- 2) Der Antragsgegner wird verurteilt, an die
Antragsteller als Gesamtgläubiger DM 4.000.--
und an jeden der Antragsteller weitere DM 2.000.--
nebst 4 % Zinsen jährlich seit dem 2. Januar
1953 zu zahlen, und zwar auf ein Sperrkonto der
Antragsteller bei einem Geldinstitut innerhalb
der Bundesrepublik oder von West-Berlin.

3) Die Kosten des Verfahrens vor der Wiedergutmachungskammer fallen dem Antragsgegner zur Last.

4) Der Beschluss ist vorläufig vollstreckbar.

G r ü n d e .

I. Die Antragsteller sind jüdischer Abstammung. Sie lebten in Stuttgart. Auf Grund der Judenverfolgungen wanderten sie im Sommer 1939 nach den Vereinigten Staaten von Amerika aus. Bevor sie Deutschland verliessen, schätzte der Taxator und Versteigerer Adolf Blon in Bad Cannstatt den Wert des Auswanderungsgutes am 9.5.1939 auf RM 3.213,91. Anschliessend ^{auftragten} ~~beauftragten~~ die Antragsteller die Stuttgarter Filiale der Speditionsfirma Schenker & Co. mit der Beförderung des Gutes nach Übersee. Die Firma Schenker & Co. verpackte die Sachen in einen Liftven. Diesen sandte sie nach Bremen. Dort blieb er infolge des inzwischen ausgebrochenen Krieges liegen. Einer Nachricht der Firma Schenker & Co. an die Antragsteller vom 17.5.1940 ist zu entnehmen, dass der Lift sich zu dieser Zeit noch immer im Hafen von Bremen befand. Die Antragsteller haben ihn nie erhalten.

Auf Grund des Rückerstattungsgesetzes (REG) verlangen die Antragsteller den Schaden ersetzt, der ihnen durch den Verlust des Auswanderungsgutes entstehend ist. Da sich die Parteien vor der Wiedergutmachungsbehörde nicht haben einigen können, hat diese die Sache an das Gericht verwiesen.

Die Antragsteller behaupten, dass der Verlust ihrer Habe auf Massnahmen des Antragsgegners zurückzuführen sei. Wie alles Judengut damals, so seien auch ihre Sachen vom Antragsgegner ^{entnommen} ~~eingezogen~~ und zu Gunsten des Deutschen Reiches versteigert. Zur Hälfte hätten die Sachen ihnen gemeinsam und zu je 1/4 jedem Ehegatten einzeln gehört. Der Taxator Blon habe seinerzeit das Taxat absichtlich niedrig gehalten, um sie vor einer hohen Auswanderungsabgabe zu bewahren.

Die Antragsteller beantragen,

den Antragsgegner zu verurteilen,
an sie als Gesamtgläubiger DM 4.000,--
und an jeden von ihnen einzeln weitere
DM 2.000,-- zu zahlen *nebst den angemessenen Zinsen.*

Der Antragsgegner beantragt,

den Anspruch zurückzuweisen.

Er stellt eine Entziehung in Abrede. Der Nachweis dafür sei in keiner Weise erbracht. Es sei ^{von} vielmehr möglich, dass der Lift im Bremer Hafen Kriegsauswirkungen zum Opfer gefallen sei. Im Laufe des Krieges seien dort zahlreiche Lifts durch Bomben vernichtet worden.

Zur weiteren Sachdarstellung wird auf die Schriftsätze der Parteien verwiesen. Das Gericht hat gemäß Beweisbeschluss vom 24.3.1954 (Blatt 74 der Akten) Beweiserhebung angeordnet. Auf das Gutachten des Sachverständigen O d e m e r vom 17.4.1954 (Bl.80 ff.), die Auskunft der Firma Schenker & Co. vom 17.XI.1953 (Bl.55) und vom 26.2.1954 (Bl.69) und auf die Mitteilung der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft vom 6.XI.1953 (Bl.53) wird Bezug genommen.

II. Der Anspruch der Antragsteller ist begründet.

Dass der Lift mit dem Auswanderungsgut noch im Mai 1940 in Bremen gelagert hat, ist auf Grund der entsprechenden Nachricht der Firma Schenker & Co. an die Antragsteller vom 17.5.1940 nicht zweifelhaft. Über sein weiteres Schicksal hat sich zwar nichts mehr feststellen lassen; denn die Firma Schenker & Co. hat ihre Unterlagen durch den Krieg verloren. Ihre Angestellten können sich an den Fall nicht mehr erinnern. Ebenso ist auch von der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft und von der Oberfinanzdirektion Bremen nichts in Erfahrung zu bringen. Auch sie haben den grössten Teil ihrer Akten eingebüsst, und in den noch vorhandenen tauchen die Namen der Antragsteller nicht auf.

Dem Gericht ist indessen bekannt, dass das Deutsche Reich während des Krieges sehr viele im Hafen von Bremen lagernde Liftvans jüdischer Emigranten hat zu sein

68

Gunsten versteigern lassen. Das Deutsche Reich stützte sich dabei u.a. auf die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.1933, auf den Erlass des Führers und Reichskanzlers über die Verwertung des eingezogenen Vermögens von Reichsfeinden vom 29.5.1941 und später auf die ^{14.} ~~14.~~ Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.XI.1941. Zu Gunsten der Antragsteller spricht daher die Vermutung, dass auch ihre Sachen diesen Weg genommen haben. Diese Vermutung kann zwar widerlegt werden. Die blosse Möglichkeit eines Bombenschadens reicht dazu aber nicht aus. Jeder weitere Anhalt in dieser Richtung fehlt aber.

Hiernach ist davon auszugehen, dass die Antragsteller das Auswanderungsgut aus Gründen der Kasse infolge eines misbräuchlichen Staatsaktes eingebüsst haben, auf Grund einer vom Antragsgegner begangenen schweren Entziehung im Sinne der ~~Artikel 2~~ ^{Verordn. Nr. 14} ~~REO~~ also. Gemäss Artikel 30 REO haftet der Antragsgegner mithin nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts über den Schadensersatz wegen unerlaubter Handlung. Dies bedeutet, dass die Antragsteller nach ~~§§ 248, 249 BGB~~ ^{§§ 248, 249 BGB} so zu stellen sind, wie sie ständen, wenn die Entziehung nicht erfolgt wäre. Sie müssen daher in die Lage versetzt werden, sich in der Bundesrepublik jetzt Sachen der gleichen Art und Güte wie die eingebüsst beschaffen zu können.

^{sind} Nach dem Gutachten des Sachverständigen Odemer ~~wären~~ hierzu DM 9.908,10 erforderlich, wovon der Sachverständige allerdings noch gewisse Abschläge machen will. Unter diesen Umständen erscheint die von den Antragstellern erhobene Forderung in Höhe von insgesamt DM 8.000,-- angemessen. Dies gilt umsomehr, als der Versteigerer Blon das Umzugsgut bereits 1939 auf RM 3.213,91 taxiert hat. Inzwischen ist aber alles um ein Vielfaches teurer geworden. Auch erscheint die Behauptung der Antragsteller glaubhaft, dass Herr Blon sein Taxat absichtlich niedrig gehalten hat, um die den Antragstellern auferlegte Auswandererabgabe klein zu gestalten.

Der Antragsgegner ist daher zu verurteilen, an die Antragsteller als Gesamtgläubiger die Hälfte des Schadensersatzbetrages zu zahlen, das sind DM 4.000,--.

sowie an jeden der Antragsteller $1/4$ des Gesamtbetrages, d.h. DM 2.000,--, abzuführen. Gemäß § 849, 291 BGB. sind diese Beträge seit dem Eintritt der Rechtshängigkeit, das ist der 2.1.1953, zu verzinsen. Der Zinsfuß beträgt 4 % jährlich (§ 246 BGB).

Die Kostenentscheidung beruht auf Artikel 72 HGO in Verbindung mit § 91 ZPO.

Gemäß Artikel 68 HGO ist der Beschluss für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Dr. MÜLLER

FRIEDMANN

MEY



Für die Ausfertigung:

[Signature]
Justizangestellter
als Urkundsbesitzer der Geschäftsstelle
des Landgerichts.